

Vortrupp-Flugschrift Nr. 50

Solf und das koloniale Kriegsziel

von

fidelis



Hamburg 1918

Alfred Janssen, Vortrupp-Verlag

Preis 30 Pf.

S 17

9354



517/9354

Sonderdruck aus Nr. 10, VII. Jahrgang der Zeitschrift:

„Der Vortrupp“

Halbmonatsschrift für das Deutschtum unsrer Zeit

Herausgegeben von Dr. Hermann M. Popert.
Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. phil. R. Kraut, Hamburg.
Alfred Janssen, Vortrupp-Verlag, Hamburg.

Preis jährlich 8 Mark. Unter Streifband, auch nach
Österreich-Ungarn 10 Mark, nach dem Auslande 11 Mark.

Probe- und Werbenummern, Auskunftsblätter und Urteile,
sowie Verzeichnisse über die bisher erschienenen Vortrupp-
Flugschriften postfrei durch Alfred Janssen, Vortrupp-Verlag,
Hamburg.

Stadt- u. Univ.-Bibl.
Frankfurt/Main

In den Vortrupp-Flugschriften, Nummern 1-50, werden
grundlegende Aufsätze des „Vortrupp“ in Sonderheften geboten.
Preis jeder Flugschrift 30 Pf., der ganzen Reihe 10 Mark.

Von

Sidelis

erschienen folgende Vortrupp-Flugschriften:

- Nr. 39. Der Lohn der Opfer und Die Tat vom
12. Dezember. Zweite Auflage.
- Nr. 44. Bethmann Hollweg.
- Nr. 46. Haag.
- Nr. 47. Freiheit und Vaterland.
- Nr. 48. „Zum ewigen Frieden.“

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

Preis jeder Flugschrift 30 Pf., 100 Stück (auch gemischt) Mark 20.—

Alfred Janssen, Vortrupp-Verlag, Hamburg

1934/596

Solf und das koloniale Kriegsziel.

Berlin, den 2. Mai 1918.

Es scheint mir von Interesse, ein Bild der Zukunft unsrer Kolonien zu zeichnen, wie sich dieses Bild dem berufensten Sachverständigen darstellt, den Deutschland hat: dem Staatssekretär des Reichskolonialamtes, Dr. Solf. Dieses Bild gewinne ich aus systematischer Durcharbeitung der folgenden fünf öffentlichen Kundgebungen des Staatssekretärs: der Rede in der Berliner „Philharmonie“ vom 21. Dezember 1917; dem Briefe von Anfang Januar 1918 an Dr. Grabowsky, den Herausgeber der Halbmonatsschrift „Das neue Deutschland“; der Ansprache von Anfang Februar 1918 auf der Jahrestagung der „Deutschen Evangelischen Missionshilfe“; der Rede in der Reichstagsitzung vom 27. Februar 1918; der Ansprache von Anfang März 1918 in der Abteilung Berlin der „Deutschen Kolonialgesellschaft“. — Es handelt sich also heute um einen Bericht darüber, wie der Staatssekretär, unser berufenster Sachverständiger, die kolonialen Dinge des Reiches sieht; wie immer bei solchen Berichten bediene ich mich aber, um die Darstellung lebendiger zu machen, durchgängig der direkten Rede.

Was Solfs Grundanschauungen angeht, so bewegen sie sich durchaus in den Bahnen der ethischen Politik: genau wie Prinz Max von Baden seine politischen Ideen unter den obersten Gedanken des Weltgewissens stellt, so kennt Solf ein „internationales Gewissen“ (als Forderung für die kommende Entwicklung). Er stellt weiter fest, daß es ein deutsches politisches Gewissen als bereits heute praktisch wirkende Macht gibt, für das gewisse „Postulate unsrer Weltanschauung“ bestehen. Er kennt „Pflichten“ der weißen Rasse gegen die Eingeborenen, er hält den „Friedensligagedanken“ hoch — also den Gedanken, daß man versuchen müsse, die Anarchie zwischen den Staaten zu beseitigen (mit der selbstverständlichen Erklärung: Vorbedingung dafür, daß dieser Gedanke zu einem wirklichen Werkzeug des Friedens werden könne, sei die, daß die Völker gegenseitig ihre Lebensinteressen achteten). — Dieser ethische Grundzug der politischen Gedankenwelt Solfs zeigt sich auch in vielen Einzelheiten, die wir noch berühren werden. In dem kommenden Frieden sieht Solf einen Heilungsprozeß, der mit allen Krankheitsherden aufräumen wird.

Stadt- u. Univ.-Bibl.
Frankfurt/Main

In diesem Heilungsprozeß aber wird die Sicherstellung der kolonialen Zukunft Deutschlands eine große Rolle spielen. Denn die Kolonialpolitik ist für Deutschland eine Lebensfrage und keine Luxusfrage; darüber sind sich unsere Feinde noch nicht genügend klar. Die Gründe, die Deutschland zwingen, seine Kolonialpolitik fortzusetzen, sind von dreierlei Art. **M a c h t p o l i t i s c h e G r ü n d e:** Wir müssen einen Anteil an den Herrschaftsgebieten außerhalb Europas haben, wenn wir nicht gegenüber den Weltreichen, die sich immer mehr festigen, auf die Stufe der kleineren Mächte hinabgleiten wollen. Wir müssen auch durch eigenen Besitz, besonders in Afrika, der Gefahr vorbeugen, daß künftig gegen uns Krieg geführt werden kann mit Massenheeren niedriger Rassen, eine Gefahr, die uns der gegenwärtige Krieg besonders deutlich gemacht hat. — **W i r t s c h a f t l i c h e G r ü n d e:** Wir müssen uns einen ausreichenden Anteil auch an denjenigen Rohstoffen sichern, die für unser Wirtschaftsleben unentbehrlich sind, die aber nur aus tropischen Gebieten zu beziehen sind. Denn auch, wenn es uns gelingt, im Friedensschluß die Drohung mit der Rohstoffsperrre zu beseitigen, die unsere Feinde heute noch erheben, auch wenn wir also, worauf wir gewiß den größten Wert legen, nach dem Kriege auch in fremden Kolonien offene Tür und freien Handel finden werden, so bleiben wir damit allein doch dauernd auf die Gnade fremder Mächte angewiesen. — **K u l t u r e l l e G r ü n d e:** Würde die Herrschaft, die die Kulturvölker über weite Gebiete Afrikas und der Südsee errichtet haben, zurückgezogen, so würde die eingeborene Bevölkerung Schaden erleiden und ins Chaos zurücksinken. Wir, die fortgeschrittenen Rassen, haben also schon aus diesem Grunde die Aufgabe, unsere Herrschaft in jenen Gebieten aufrecht zu erhalten, damit die dort einheimischen, zurückgebliebenen Menschen unter unserer Führung allmählich höhere Stufen der geistigen und moralischen Entwicklung erreichen. Diese Aufgabe ist der ganzen Kultur Menschheit gestellt, an dieser Aufgabe teilzunehmen ist mithin Recht und Pflicht eines jeden der großen Kulturstaaten. Wir Deutschen wollen uns dieser Pflicht nicht entziehen und wollen uns dieses Recht nicht nehmen lassen; wir könnten es also nicht dulden, daß uns andre Staaten aus Eifersucht oder Mißgunst von dieser Mitarbeit fernhielten.

Damit wir Deutschen für die Fortführung unserer Kolonialpolitik die richtige Grundlage gewinnen, stellt Solf das folgende k o l o n i a l e F r i e d e n s z i e l auf: Daß zunächst die jetzige Kriegskarte nicht verewigt werden darf, das heißt, daß die deutschen Kolonien, die England besetzt hat, nicht in Englands Händen bleiben dürfen, ist selbst-

verständlich. Wir wollen unsere Schutzgebiete wiederhaben, und zwar nicht nur in Afrika, sondern auch in der Südsee. Ja, auch die Schutzgebiete in der Südsee: von manchen deutschen Seiten wird ja gewünscht, die preiszugeben, im Interesse eines geschlossenen Kolonialbesitzes, aber einer solchen Politik des Verzichtes kann die Reichsregierung nicht das Wort reden. — Was nun aber speziell Afrika angeht, so genügt es hier nicht, wenn lediglich der „status quo ante“ wieder hergestellt wird; das würde nicht ausreichen, um die internationalen Beziehungen dauernd zu beruhigen. Vielmehr müssen unsere afrikanischen Schutzgebiete zu einem Gebilde ausgestattet werden, das wirklich widerstandsfähig und wirklich leistungsfähig ist. Das bedingt eine gewisse Neuverteilung Afrikas. Die wird besonders unsern Kolonien in Mittelafraka zugute zu kommen haben; es ist aber zu betonen, daß nicht etwa die Rede davon sein kann, als Entgelt dafür Südwestafrika aufzugeben. — Endlich muß der Friedensschluß die Gefahr beseitigen, die dem europäischen Frieden von einer M i l i t a r i s i e r u n g A f r i k a s droht.

Insbesondere die „Neuverteilung“ afrikanischer Gebiete ist, so lehrt Solf, nötig aus den folgenden Gründen: Was bis zum Ausbruch des Krieges vorlag, war eine reine Z u f a l l s v e r t e i l u n g, bei deren Entstehung von einem organischen Werden nie die Rede gewesen ist. Da haben zum Beispiel gewisse Herrschaftsansprüche eine Rolle gespielt, die jetzt ganz und gar veraltet sind*). Und dann hat nicht selten einer der Staaten, die miteinander wettgelaufen sind um den Besitz afrikanischer Gebiete, einen Vorsprung lediglich dadurch erhalten, daß einer seiner Angehörigen es verstanden hat, mit einem eingeborenen Machthaber einen besonders geschickten Vertrag abzuschließen. Das macht gewiß der Kühnheit und dem politischen Instinkt eines solchen unternehmungslustigen weißen Unterhändlers alle Ehre; aber es bleibt doch ein rein zufälliges Ereignis. Und die so entstandene Zufallsverteilung entbehrt eben sehr erheblich der inneren Berechtigung.

Um diesen Zustand zu bessern, ist ja nun (aus philanthropischen Kreisen in England) der Vorschlag gemacht worden, man solle die gesamten europäischen Kolonien in Afrika unter eine gemeinsame internationale Herrschaft stellen. Es wird sich aber, so sagt Solf, bevor man den heute kriegsführenden Mächten, ja dem ganzen heutigen Europa, die Erfüllung der ungeheuren Aufgabe zutrauen darf, überseeische Gebiete einträchtig und gemeinsam zu regieren, — es wird sich bevor man das darf, zunächst einmal in Europa selbst das internationale

*) Ich nehme an, daß Solf da vor allem an Portugal denkt. D. Verf.

Gewissen in internationaler Praxis zu entwickeln und zu bewähren haben. Darum muß für den diesem Weltkrieg folgenden Friedensschluß dieser Gedanke noch ausscheiden und die Besserung der bisherigen „Zufallsverteilung“, das „Bild des neuen Afrika“, eben im Wege einer Neuverteilung erreicht werden.

Das neue Afrika soll hervorgehen aus der im Friedensvertrage niederzulegenden Verständigung der beteiligten europäischen Staaten. Diese Verständigung muß aus der Erkenntnis erwachsen, daß, wie schon gesagt, die heutige Besitzverteilung in Afrika in keiner Weise dem kolonialisatorischen Können und dem Kräfteverhältnis der beteiligten Völker entspricht. Wer aber einen dauernden Frieden, das bedeutet einen Frieden der gerechten Zufriedenstellung, will, der kann nicht wollen, daß eine solche Besitzverteilung in Afrika aufrecht erhalten werde; der muß vielmehr wollen, daß die Leistungsfähigkeit eines Staates, und zwar besonders seine Leistungsfähigkeit auf kulturellem Gebiete, den Maßstab für seine Beteiligung an der Herrschaft über Afrika gebe. Und zwar bedeutet hier kulturelle Leistungsfähigkeit vor allem auch, daß ein Volk durch sein bisheriges Verhalten bewiesen haben muß, daß es fähig ist, auch in den farbigen die Menschheit zu achten, und daß es versteht, in diesem Geiste zu leiten und zu organisieren: die Verschiebung der bisherigen Zufallsgrenzen in Afrika soll keineswegs nur im Interesse Europas vorgenommen werden, sondern es soll dabei sehr entschieden gefragt werden: „Was fordert Europas und Afrikas gemeinsame Interesse?“ — Eine Verständigung der beteiligten europäischen Staaten, die sich auf diesen unausweichlichen Wahrheiten aufbaut, muß es als für die Zukunft undurchführbar erkennen, daß Staaten Ländermassen in Afrika besitzen, die achtmal so groß sind wie ihr europäisches Gebiet, Ländermassen, die sie gar nicht entwickeln können, und ganz gewiß nicht so, wie die Kulturmenscheit es erwarten muß; weil sie nämlich weder Menschen noch Mittel dafür haben. Eine Lage, in der sich Belgien, Frankreich und Portugal befinden, während das Deutsche Reich mit seiner riesigen Leistungsfähigkeit auf jedem und ganz besonders auch auf kulturellem Gebiete, beschränkt ist auf viel kleinere, und zudem verstreute, afrikanische Besitzungen*).

*) Es braucht kaum besonders betont zu werden, daß eine Neuverteilung afrikanischer Schutzgebiete auch ganz abgesehen davon, daß sie im Wege der Verständigung erfolgen soll, nichts gemein hat mit Annexionen in Europa. Deren Wesen — und deren Gefährlichkeit für die Zukunft — liegt darin, daß Teile mündiger Völker gegen ihren Willen einem fremden Staatswesen angegliedert werden.

Wenn danach der kommende Friedensschluß eine auf Verständigung beruhende Neuverteilung der afrikanischen Kolonien bringen muß, noch nicht aber ihre Internationalisierung, so liegt doch in der Forderung nach einer internationalen Kontrolle ein gesunder Grundgedanke: Denn nicht nur die Neuverteilung selbst soll von den beteiligten Staaten im Wege der Verständigung, also in gemeinschaftlicher Arbeit, geleistet werden, nein, für diese gemeinschaftliche Arbeit ist noch weiter in zwiefacher Richtung Raum und Bedürfnis: Einmal ist es durchaus möglich, die Herrschaft des einzelnen europäischen Staates über seine afrikanischen Kolonien dadurch in ihrer Einseitigkeit zu mildern, daß ihm gewisse Beschränkungen auferlegt werden, die ihn nötigen, in seinem afrikanischen Gebiete auch die Interessen der andern europäischen Staaten zu berücksichtigen. Und dann gibt es zweitens gewisse große Fragen, die das ganze Afrika angehen; es ist nötig, in diesen Fragen die Mitarbeit aller kolonisierenden Mächte Europas zu sichern und Richtlinien aufzustellen, nach denen sich diese Mitarbeit vollziehen soll.

Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, daß in beiden Richtungen die gemeinsame Arbeit nicht etwa etwas Neues ist, sondern nur die Fortführung von längst Begonnenem. Auch in der „Kongoakte“, also in der Urkunde, die der letzten Aufteilung Afrikas zugrunde liegt, und die in Berlin unter dem maßgebenden Einflusse Bismarcks zustande gekommen ist, haben sich bereits die europäischen Schutzmächte im gegenseitigen Interesse Beschränkungen auferlegt: haben sich gegenseitig Handelsfreiheit in Zentralafrika zugesichert und Schifffahrtsfreiheit auf den Stromsystemen des Kongo und des Niger. Und von den großen Fragen, die ganz Afrika angehen, hat man in der Kongoakte die Bekämpfung des Sklavenhandels und die Neutralisierung des Kongobedens international zu regeln gesucht; weitere Verträge zum gemeinsamen Kampfe gegen die Sklaverei sind gefolgt, und ferner noch Verträge, worin sich die europäischen Mächte vereinigten, um das Einführen von Branntwein und von Feuerwaffen an die Eingeborenen Afrikas zu hindern. Deutschland hat an diesem großen System internationaler Verträge auf das ehrlichste mitgearbeitet, und gerade Deutschland hat für peinliche Durchführung der getroffenen Abmachungen Sorge getragen: hat doch eben Deutschland einen Versuch gemacht, an der vereinbarten Neutralität des Kongobedens auch während des Weltkrieges festzuhalten — daß das nicht gelungen ist, hat nur an dem Willen der Gegner gelegen.

Also diese Dinge unterlagen schon vor dem Weltkriege der gemeinsamen Arbeit der europäischen Kolonialmächte. Und weiteres gemeinsames Arbeiten war bereits geplant: Man wollte zum Beispiel große

gemeinschaftliche Verkehrsstraßen schaffen, die durch die Besitzungen verschiedener europäischer Mächte hindurchführen sollten. Man wollte gefährliche afrikanische Volksseuchen, so die Schlafkrankheit, in gemeinsamer internationaler Regelung bekämpfen. Und Solf betont ausdrücklich, daß es nötig ist, auf dieser Bahn der internationalen Verträge fortzuschreiten, und zwar in beiden genannten Richtungen, daß weiter noch Einrichtungen geschaffen werden müssen, die es gewährleisten, daß das Abgemachte auch wirklich gehalten wird. Solf verkennt gar nicht, daß dieser Weg dann schließlich doch dazu führen kann, daß der Gedanke, die europäischen Kolonien in Afrika zu internationalisieren — also der Gedanke, den, wie gezeigt, Solf für die Zeit des Friedensschlusses als noch nicht ausgereift ansieht —, Wirklichkeit wird. Solf hat nichts dagegen: „Wenn“, so sagt er wörtlich, „das in ein solches Vertragssystem einbezogene Gebiet dadurch in weiterer Zukunft allmählich den Charakter einer gemeinschaftlichen Kolonie der europäischen Staaten annehmen müßte, in der die Besitzer der Einzelgebiete zu Treuhändern der Gesamtorganisation werden, so kann die Aussicht auf eine derartige Entwicklung uns in der gekennzeichneten Haltung nicht wankend machen.“

Solf betont mit größter Schärfe: Die Mission muß übernational bleiben; an diesem Grundsatz darf nicht gerüttelt werden. Und er erklärt, daß Deutschland nicht daran denkt, seine Kolonien gegen den fremden Handel abzusperren, wie es denn auch in seinen Schutzgebieten eine Benachteiligung fremder Personen und Waren gegenüber deutschen Personen und Waren bisher nicht gekannt hat — im Gegensatz zu Franzosen und Portugiesen.

Es ist schon gesagt worden, daß die europäische Kolonialpolitik im gemeinsamen Interesse Europas und Afrikas betrieben werden muß, daß jede europäische Kolonialmacht auch in den farbigen die Menschheit achten soll; und daß der Umfang ihres Anspruches darauf, an dem europäischen Kolonialwerke beteiligt zu werden, sehr wesentlich mit danach zu bestimmen ist, wie sie dieser Forderung gerecht wird.

Die deutsche Auffassung insbesondere geht dahin, daß auch hinsichtlich der Eingeborenen der Satz Kants gilt, daß der Mensch niemals bloß ein Mittel sein darf, sondern immer zugleich auch Zweck sein muß: „die Eingeborenen haben ein Selbstrecht“. Daß wir uns dieser kantischen Forderung fügen, das verlangt unser deutsches politisches Gewissen, das ist ein „Postulat unsrer Weltanschauung“; aber auch unser eigenes, richtig verstandenes, nationales Interesse fordert das: Denn wir, wie alle Europäer, können für alle unsre Unternehmungen in Afrika die schwarze Arbeitskraft nicht ent-

behren; darum ist es unser eigenes höchstes Interesse, daß sich die afrikanischen Volksstämme in unsern Kolonien gesund entwickeln. Nun besteht aber die größte Gefahr, daß nach diesem Kriege in allen europäischen Kolonien Afrikas mit der Menschenkraft der Eingeborenen Raubbau getrieben werde. Die Neigung wird sich ganz naturgemäß daraus ergeben, daß das durch den Weltkrieg erschöpfte Europa einen gewaltigen Hunger nach den Erzeugnissen der Tropen haben wird. Das wird Viele verführen, gewissenlose Ausbeutepolitik zu versuchen, die sich auf die natürlichen Schätze des Landes und eben auch auf die Kraft der schwarzen Menschen werfen wird. Und diese zweite Form des Raubbaues ist um so gefährlicher, als infolge von Stammeskämpfen, Hungersnöten, Seuchen, die in weiten Strecken Afrikas bisher immer wiederkehrt sind, Afrika ohnehin dünn bevölkert ist.

In der Behandlung der Eingeborenen war Deutschland seit der Verwaltung des Reichskolonialamts durch Dernburg auf dem richtigen Wege. Die große Probe, die das dargetan hat, ist der Krieg gewesen: in allen unsern Kolonien sind die Eingeborenen zu uns gestanden, obwohl den meisten unter ihnen bewußt war, daß es nur galt, einen verlorenen Posten zu verteidigen. Es gehört zur Politik unsrer Feinde, diesen Tatbestand umzufälschen und mit „kultureller Geste“ zu behaupten, die Deutschen seien grausam, sie hätten in ihren Kolonien gegenüber den Eingeborenen eine brutale Politik der Ausbeutung und der Ausrottung betrieben; die „Kulturnationen“ könnten es daher vor ihrem Gewissen nicht verantworten, wenn die Deutschen die Gelegenheit wiederfänden, ihre „scheußlichen Kolonisationsmethoden“ praktisch zu betätigen. Viele englische, französische und sogar belgische Schreiber haben darüber geschrieben. Und dabei ist das alles weiter nichts als eine Wiederaufwärmung der Vorwürfe, die seinerzeit gegen König Leopold von Belgien und seine Kongoregierung vorlagen. Man hat jetzt sozusagen einfach die Schriften der gegen das belgische Regiment am Kongo gegründeten „Kongoliga“ mit neuen Titeln versehen und in neue Einbände gebunden. Den Engländern insbesondere ist ganz genau bekannt, daß ihre Anklagen gegen unsre koloniale Vergangenheit auf trügerischem Boden stehen; Solf weiß speziell, wie Gouverneure von englischen Kolonien, mit denen er vor dem Kriege oft über Eingeborenenbehandlung gesprochen hat, über die deutsche Eingeborenenpolitik denken. Viele Engländer, die gegen unsre afrikanischen Truppen gekämpft haben, schämen sich, daß Landsleute von ihnen sich nicht scheuen, den tapferen Gegner mit Schmutz zu bewerfen. Wir Deutschen haben das größte Interesse daran, nach dem Kriege die gesamten von englischer Seite aufgestellten Behauptungen über „Greuel“ in der deutschen Eingeborenenbehandlung einer inter-

nationalen Untersuchung und Aufklärung zu unterbreiten. Aber auch heute dürfen wir nicht stillhalten; wir sind es unsrer kämpfenden Truppe draußen schuldig, ihre Verleumder an den Pranger zu bringen. Umgekehrt liegt aber Stoff genug vor, für derartige Anklagen gegen die neue — das will sagen: gegen die seit Kriegsbeginn betriebene — englische Eingeborenenbehandlung in Englands Kolonien. Es handelt sich da um Ceylon, um Ostindien und um Singapur, wo überall während des Krieges ein furchtbares Blutregiment geherrscht hat; das Material ergibt sich aus englischen amtlichen Handlungen selbst und aus englischen Untersuchungen.

Es ist bereits gesagt worden, daß eines unsrer kolonialen Friedensziele dieses ist: die Gefahr zu bannen, die dem europäischen Frieden von einer Militarisierung Afrikas droht. Damit kommen wir zu einem Teile des soeben erörterten Problems der Eingeborenenbehandlung, der noch eine besondere Betrachtung verlangt: für den zukünftigen Frieden Europas ist eine neue drohende Gefahr dadurch erwachsen, daß jetzt die Möglichkeit besteht, farbige Massenheere auf die Beine zu bringen. Und außerdem beeinträchtigt eine Militarisierung der Eingeborenen auch die Entwicklung der afrikanischen Kolonien selbst sehr schwer.

Diese Gefahren hat Europa Frankreich zu verdanken: Frankreich hat das große Kolonialreich, das es nach 1870 erreicht hat, von vornherein auch mit dem Ziele gegründet, es auch für Europa militärisch auszunutzen. Schon seit Jahren hatte Frankreich den Gedanken gepflegt, ja in dem Gedanken geradezu geschwelgt, seine eigenen Streitkräfte durch eine „schwarze Armee“ zu ergänzen. Es hat zuerst mit — sogenannten — „freiwilligen“ Anwerbungen gearbeitet, und es ist dann, als die nichts mehr nützten, bald zu Zwangsaushebungen in großem Stil geschritten. So hatte es sich schon vor dem Weltkriege in seinen afrikanischen Besitzungen ein stehendes Heer von rund 100 000 Mann geschaffen und konnte nach Ausbruch des Krieges Tausende von Eingeborenen auf die europäischen Kriegsschauplätze werfen. — England hat in seinen afrikanischen Kolonien stets starke Eingeborenen-truppen gehabt (und in Ostindien noch viel stärkere). Auch England ist dabei ohne einen „gelinden Zwang“ bei der Aushebung der Eingeborenen nicht ausgekommen. Den Gedanken allerdings, nach Frankreichs Muster solche Eingeborene in Europa gegen Europäer zu verwenden, hätte England früher mit Entrüstung von sich gewiesen. Jetzt im Weltkriege aber ist England darin den Franzosen erst schüchtern, dann immer stärker gefolgt, und es gibt jetzt in England eine Schule, die sich unbedingt zu der französischen Auffassung bekennt; ihr Sprecher

ist Winston Churchill, von dem die Äußerung stammt: „Wir haben aus unsern Eingeborenen noch lange nicht genug Vorteil für den Krieg in Europa gezogen.“

Demgegenüber hat sich Deutschland nicht nur niemals an der Militarisierung der Eingeborenen beteiligt, sondern Deutschland hat sogar versucht, ihr entgegenzuwirken: durch internationale Verschärfung der Beschränkungen, die die „Antisklavereiate“ gegen Waffeneinfuhr und Waffentragen der Eingeborenen in Afrika enthält. Darüber hinaus hat Deutschland es erwirkt, daß im Jahre 1908 eine internationale Konferenz, mit dem Ziele, die Einfuhr von Waffen und Munition in Afrika noch weiter zu beschränken, in Brüssel zusammentrat. Auf dieser Konferenz hat Deutschland die weitgehendsten Anträge gestellt; wer aber hat es zuwege gebracht, daß die Arbeiten der Konferenz scheiterten? Hauptsächlich Frankreich! — Dementsprechend hat Deutschland in Afrika niemals Truppen gehabt, die ausgebildet und ausgerüstet gewesen wären für einen Kampf mit weißen Mächten. Was Deutschland in Afrika an bewaffneter Macht hielt, das hatte lediglich die Aufgabe, für Ruhe und Ordnung unter den Eingeborenen zu sorgen, Aufstände von Eingeborenen zu unterdrücken und die Antisklavereibewegung zu unterstützen. Die ganze deutsche Schutztruppe — für das gesamte deutsch-afrikanische Kolonialreich mit seinen rund zwölf Millionen Einwohnern — zählte noch nicht ganz 4000 Mann, wozu etwa ebensoviele Polizisten kamen, die mehr Amtsdienere waren als Soldaten. Die Schutztruppe stand nur in Ostafrika und Kamerun. In Togo gab es lediglich Polizisten, und in Südwestafrika hatten wir weder Schutztruppen noch Polizisten, sondern nur etwa 1800 weiße deutsche Soldaten. Alle diese Truppen besaßen so gut wie gar keine Geschütze; von unsern Küstenstationen in Afrika hatte überhaupt keine einzige Artillerie, während England und Frankreich eine Reihe ihrer afrikanischen Häfen als vollständige Marinestationen ausgerüstet hatten: wir Deutschen hatten ja niemals daran gedacht, Afrika zum Kriegsschauplatz für Weiße zu machen. Ja, selbst nach Kriegsbeginn haben wir, fußend auf den Bestimmungen und noch mehr auf dem Geiste der „Kongoakte“, versucht, Afrika zu neutralisieren. Wir haben das getan kraft der Überzeugung, die wir Deutschen von den Pflichten der weißen Rasse gegenüber den Eingeborenen haben, und kraft unsrer richtigen Würdigung der Stellung der weißen Rasse zur schwarzen Rasse. Belgien hatte sich Dem angeschlossen, und in dieser Beziehung wollte auch Frankreich anscheinend folgen; aber hier hat England abgelehnt: für England war eben die Versuchung, seine militärische Überlegenheit in Afrika auszunutzen, stärker als sein kolonialpolitisches Verantwortungsgefühl; dann hat es Frankreich und Belgien wieder mitgerissen.

So haben unsre Feinde die Eingeborenen Afrikas militarisiert; so haben sie den Krieg nach Afrika getragen, und so haben sie sich ferner ein Eingeborenenheer von mehreren hunderttausend Mann auf die europäischen Kriegsschauplätze geholt. Deutschlands Programm dagegen ist das, das aus seiner Haltung vor und in dem Weltkriege eben deutlich erhellt: *Keine Militarisierung in Afrika*. Und daran hält die deutsche Regierung auch heute noch fest: das üble Beispiel vom Gegenteil, das unsre Feinde gegeben haben, finden wir lediglich abschreckend. Wir Deutschen sind zu haben für jede vertragsmäßige Einschränkung der militärischen Rüstungen in Ostafrika: selbstverständlich unter dem Gesichtspunkte „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten“; wir wollen nicht militarisieren, aber die Andern sollen es auch nicht dürfen.

Übrigens wird sich als das beste Mittel, der Militarisierung Afrikas vorzubeugen, die Neuverteilung afrikanischer Kolonialgebiete, wie Solz sie fordert, erweisen: Werden erst unsre heutigen Feinde damit zu rechnen haben, daß der deutsche Kolonialbesitz so groß ist, daß — falls militarisiert werden würde — die schwarze Armee Deutschlands ihrer eigenen die Wage halten könnte, dann würde ja eine Entsendung ihrer eigenen schwarzen Armee nach Europa ihre Kolonialgrenzen der schwarzen Armee Deutschlands öffnen. Sie könnten also schwarze Armeen, auch wenn sie sie hätten, nicht mehr in Europa verwenden. Und durch diese Erkenntnis wird ihr Interesse, überhaupt ein Eingeborenenheer aufzustellen, stark vermindert werden.

Wie schon gesagt: Das neue Afrika soll hervorgehen aus der im Friedensvertrage niederzulegenden Verständigung der beteiligten europäischen Staaten. Dafür, ob eine solche Verständigung möglich sein wird, kommt es ersichtlichermaßen im wesentlichen darauf an, wie sich England stellen wird. — Schon vor dem Kriege gab es in England zwei Richtungen. Die eine vertrat den Standpunkt: „England ist gesättigt und will eine allgemeine Weltberuhigung herbeiführen, dadurch daß es andre höchstrebende Völker zufriedenstellt.“ Die zweite Richtung dagegen sagte: „England ist nie gesättigt, bevor es eine lückenlose Weltherrschaft hat.“ Nun ist es klar, daß die Welt mit der ersten englischen Anschauung leben kann, mit der zweiten aber nicht.

Die zweite, die unerträgliche, englische Auffassung ist vor nicht langer Zeit sehr eingehend vertreten worden von dem General Smuts, britischem Südafrikaner und Mitglied des englischen Kriegskabinetts. Smuts will nicht mehr und nicht weniger als Dies: Deutschland als Kolonialmacht vernichten, genau so, wie Lloyd George Deutschland

als Festlandsmacht vernichten und Carson als Industriemacht. Bei seiner Begründung dieses merkwürdigen Programms spricht Smuts bezeichnenderweise nicht mehr, nach der sonst jetzt üblichen britischen Art, von den „Rechten der andern Nationen“ und vollends nicht mehr von dem „Selbstbestimmungsrecht der Eingeborenen“. Er argumentiert lediglich dahin: Deutschland müsse als Kolonialmacht vernichtet werden, um der „Sicherheit des britischen Weltreiches“ willen. Das liege einmal so, weil insbesondere Ostafrika zu den allerwertvollsten tropischen Kolonien gehöre: kein Teil Afrikas sei geeigneter für eine Großproduktion tropischer Rohstoffe. Man wisse ja nun jetzt, daß ohne eine überreichliche Versorgung mit tropischen Rohstoffen die modernen hochentwickelten Industrien unmöglich seien. Nun, und eine so wertvolle Kolonie dürfe natürlich England nicht an Deutschland zurückgeben. Mit andern Worten: Deutschland soll das einzige große Schöpfbecken nicht wiederhaben, das es für seine „moderne hochentwickelte Industrie“ bisher gehabt hat. Außerdem aber, meint Smuts, brauche England die deutschen Kolonien, und besonders wiederum Ostafrika, als Bindeglied zwischen Südafrika, Ägypten, und Indien. Es müsse eine eigene Landverbindung, insbesondere eine Eisenbahnverbindung, vom Südende Afrikas bis zum Nordende haben. Es ist ja eine köstliche Idee, daß der General Smuts aus der Herrlichkeit der deutschen Kolonien und aus ihrer bequemen Lage für eine große englische Aberlandverbindung sozusagen ein ethisches Recht Englands folgern will, diese Länder zu behalten. Es kann übrigens sein, daß Smuts selbst fühlt, wie komisch das eigentlich ist. Denn schließlich kommt er doch noch mit so einer Art moralischer Begründung, die ausgerechnet dahin geht, wenn Deutschlands Kolonialmacht bleibe, dann sei zu befürchten, daß — die farbigen Stämme Afrikas militarisiert würden. Wie unehrlich das ist, ergibt sich aus dem, was hier heute über Deutschlands Stellung zu dieser Frage schon gesagt ist. Wenn Smuts, wie es wohl der Fall sein mag, eine Militarisierung Afrikas wirklich fürchtet, dann hätte er ja alle Veranlassung, gegen den oben genannten Ausspruch seines Reichsgenossen Winston Churchill aufzutreten und sich dafür offen zu dem deutschen Standpunkte zu bekennen, wie er tatsächlich ist, anstatt ihn so zu verdrehen.

Smuts stellt also eine englische „Monroedoktrin“ für Afrika gegen uns auf, und hinter ihm stehen große Interessen und starke Leidenschaften großer Gruppen in England; hinter ihm steht auch die heutige britische Regierung des Lloyd George. Solange dieser Geist, solange diese kriegsvergnügte Borgergesinnung in England herrscht, können wir natürlich mit England zu keinem Frieden kommen, und ganz gewiß nicht zu der Verständigung über Afrika, die wir brauchen.

Aber es gibt in England auch gemäßigtere Stimmen, die verlangen, man solle den ganzen Komplex der Kolonialfragen der Beratung auf der späteren Friedenskonferenz vorbehalten. Es mehrt sich die Zahl der Engländer, die Zahl der aufrichtigen Träger des Friedensgedankens in England, die zu einer kolonialen Verständigung mit uns Deutschen nicht nur geneigt sind, sondern die eine solche Verständigung für eine Vorbedingung der Weltberuhigung halten. Diese Gegenströmungen gegen die allenglischen Strömungen gibt es. Und es hieße, in die Fehler unsrer Feinde verfallen, wenn wir so tun wollten, als sähen wir sie nicht. Der Friede und die nötige Verständigung über Afrika wird da sein, sobald diese Gegenströmung in England den Umschwung herbeigeführt hat, der die Boyer — Lloyd George, Smuts und Genossen — wegsetzt. Wer einen solchen Umschwung nicht auch in England für möglich hält, einen Umschwung, der gleichzeitig, wie der entsprechende Umschwung in allen Ländern, eine Rückkehr zu dem besten Streben der Vergangenheit sein wird, den darf man für einen unverbesserlichen Pessimisten erklären. Vielmehr: dieser Umschwung muß und wird kommen, auch in England. Denn die Lloyd George, Smuts und Genossen können sich nur halten, solange das englische Volk ihnen noch glaubt, daß sie fähig seien, ihr Versprechen zu erfüllen, nämlich uns Deutschen militärisch niederzuringen und dem deutschen Volk einen englischen Frieden zu diktieren. Es ist möglich, daß wir noch lange kämpfen müssen*), bis alle Trugbilder im Geiste des englischen Volkes zusammengebrochen sind, auf die Lloyd George, Smuts und so weiter ihre Boyerpolitik aufbauen, aber diese Trugbilder werden zusammenbrechen. Unsrer Waffen können und werden diesen Gesundungsprozeß im englischen Volke beschleunigen, schließlich aber muß sich wie überall die Natur des Patienten selbst helfen. — Wir dürfen darauf vertrauen, daß die Gestalt des deutschen Afrikahelden Lettow-Vorbeck in den englischen Jahrbüchern dieses Krieges dereinst eine ebenso sagenhafte Größe haben wird wie in unsern deutschen.

f i d e l i s.

*) Das sagte Solf am 21. Dezember 1917.

D. Verf.

T 52 402 190

„Der Vortrupp“

Alexander Köhler

lungen.